

# Antrag lag nicht auf Berliner Schreibtischen

Pidinger Stellungnahme fand in Bundesverkehrswegeplan keine Beachtung – Unmut im Rat

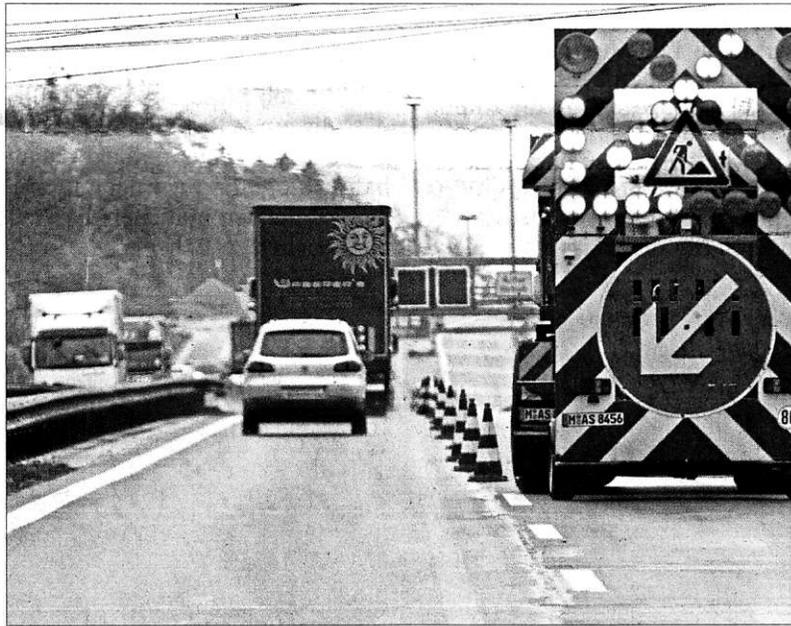
Von Hans-Joachim Bittner

**Piding.** Ist die ganze Angelegenheit ein einziger Widerspruch? „Ja“, sagt Dr. Bernhard Zimmer fast schon mit einem resignierten Unterton. „Was sollen wir eigentlich noch glauben?“, fragt der 3. Pidinger Bürgermeister in Bezug auf den kürzlich veröffentlichten Bundesverkehrswegeplan. Das Wort „Farce“ fällt in der jüngsten Gemeinderatssitzung, viele Räte schütteln ungläubig den Kopf. In einem Auszug aus dem Papier, das den geplanten Ausbau der A8 bei Piding beschreibt, gibt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) einen Sichtvermerk mit Datum 28. Oktober 2014 an. Seitens der Autobahndirektion Südbayern (ABDSB) wird jedoch in einem Schreiben vom 18. März dieses

Jahres erklärt, dass die Vorentwürfe erst jetzt dem BMVI vorgelegt würden. Ein Widerspruch, der die gewählten Pidinger Gemeindevertreter fast schon sprachlos zurücklässt und eine gewisse Resignation verbreitet. „Was ist das eigentlich für ein schräges Verfahren?“, machte Dr. Bernhard Zimmer (Grüne) seinem Unmut Luft. „Offenbar wissen die beiden Behörden nicht, was der jeweils andere macht“, so der 3. Bürgermeister weiter. Sie würden sich fast schon dilettantisch gegeneinander ausspielen.

Der Ärger der Pidinger Räte ist verständlich: Wurden sie doch vor einiger Zeit aufgefordert, eine Stellungnahme zu den Plänen des sechsstreifigen Ausbaus der Bundesautobahn 8 im Pidinger Bereich abzugeben. Zahlreiche Sitzungen und sogar zwei nicht-öffentliche Klausurtagungen später reichte die Gemeinde Piding ein mehrseitiges Schreiben ein, in der beide Varianten – Bestandsausbau und Nordvariante – ausführlich behandelt, besprochen und sachlich fundiert gegeneinander abgewogen wurden. Seitdem wartet Piding vergeblich – mittlerweile über ein Jahr – auf Antwort aus Berlin. Selbst ein antwortforderndes Schreiben von Bürgermeister Hannes Holzner blieb bislang ohne Ergebnis.

Der Planungsbeginn ist im Auszug des Bundesverkehrswegeplans mit September 2013 angegeben, seit zweieinhalb Jahren hat sich demnach nahezu nichts getan. Wie jetzt bekannt wurde, lag das Papier



**Mit der Sanierung** der Autobahnbrücke zwischen der Anschlussstelle Bad Reichenhall-Piding und dem Walsberg sind selbst in Richtung Salzburg massive Rückstaus zu erwarten. Mit dem Bundesverkehrswegeplan sind vor allem die Pidinger Grünen nicht einverstanden. – Foto: Bittner

offenbar „unbearbeitet“, zumindest aber nicht nach Berlin weitergeleitet, bei der Autobahndirektion Südbayern in München. „Das darf alles nicht wahr sein“, so Zimmer, der in der jüngsten Gemeinderatssitzung per eingeschobenem Tagesordnungspunkt den Antrag stellte, massiv gegen gewisse, die Gemeinde Piding betreffende Punkte Einspruch zu erheben. Die Frist eines solchen Schreibens läuft am 2. Mai ab.

Offenbar wurde der vor Kurzem vorgestellte Bundesverkehrswegeplan ohne die Berücksichtigung der aufwendig und vor allem auch unter Zeitdruck angefertigten Pidinger Stellungnahme erstellt. Das hinterlässt offenbar ein gewaltiges G'schmäckle bei Gemeinde und Räten. „Sie haben in Berlin unsere Anliegen bislang nicht einmal angeschaut“, kritisiert Zimmer scharf, „offenbar sind wir denen egal.“ Piding durfte sich sputen, in München und Berlin hat man dagegen offenbar alle Zeit der Welt – die Gemeindevertreter sehen sich komplett verschaukelt.

Im Detail geht es um einen 25,5 Kilometer langen Autobahn-Abschnitt ab der Anschlussstelle Traunstein bis zum Grenzübergang Walsberg. Hier soll auf sechs Fahrspuren ausgebaut werden. Das Ministerium stuft die Maßnahme als „weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ ein, also nicht

vorrangig, schon gar nicht dringlich. Piding betrifft darüber hinaus der mögliche Ausbau der B 20 als Ortsumfahrung von Hammerau sowie freilich auch die unendliche Geschichte um den Kirchholtunnel in Bad Reichenhall. „Die Einwendungen der Gemeinde richten sich in erster Linie dagegen, dass diese drei Projekte im Rahmen der strategischen Umweltprüfung isoliert voneinander betrachtet wurden, sie aber aufgrund der räumlichen Nähe in Summe zusätzliche sowohl verkehrliche als auch erhebliche Umweltwirkungen entfalten werden, die sich auf den Luftkurort Piding in jedem Fall negativ auswirken“, schreibt Dr. Zimmer in seinen Ausführungen.

## Eklatante Fehler in den Daten

„Wir sind hier massiv betroffen und müssen unsere Anliegen mit Nachdruck vortragen“, ist sich Zimmer sicher. Unterstützung erhielt er von Dr. Ernst Mrohs (CSU), der ins gleiche Horn stößt. Piding müsse richtig aktiv werden, um nicht überrollt zu werden. Mehr als deutlich brachte Walter Pfannerstill (FWG) die Situation auf den Punkt: „Wir werden hier seit acht Jahren verarscht. Es

reicht.“ Zimmer ergänzt: „Eklatante Fehler in den Daten, die zum Bundesverkehrswegeplan eingebracht wurden, sind mit schlampigem Arbeiten fast nicht mehr zu erklären. Wie kann man behaupten wollen, dass die A8 auf 116 Kilometern kein Überschwemmungsgebiet tangiert, wenn man selbst in seinen Planungen allein für Piding erhebliche Anstrengungen machen muss, um die Probleme des Hochwasserschutzes, ausgelöst durch die Baumaßnahme, zu lösen.“

Die Gemeinderäte waren sich einig, dass nun ein entsprechendes Schreiben an das Verkehrsministerium kurz und prägnant formuliert sein sollte. „Wir müssen klarmachen, dass das alles überarbeitet gehört“, so Zimmer. „Wir sind ein Luftkurort, der massiven Flächen-, Lärm- und Luft-Emissionen ausgesetzt ist – wir können das alles nicht mehr hinnehmen.“ Christian Kleinert (FWG) ergänzte: „Wir haben ein Recht darauf, dass unsere Bedingungen in die Pläne eingearbeitet werden. Die ganze Sache ist dringend nachzubessern.“

Der Leitende Baudirektor der Autobahndirektion Südbayern, Gilbert Peiker, schrieb im März im Bezug auf den A8-Ausbau im Bereich Piding: „Fazit des Variantenvergleichs war, dass unter Berücksichtigung aller aufgezeigten und summarisch aufgelisteten Belange die Bestandsvariante gegenüber der Nordumfahrung Vorteile aufweist. Aufgrund der Tatsache, dass mit der Entscheidung, die Bestandsvariante weiterzuerfolgen, von der Empfehlung der übergreifenden Planungsbegleitung abgewichen und dem Beschluss des Pidinger Gemeinderates, eine Nordvariante weiterzuerfolgen, nicht entsprochen wird, werden dem BMVI getrennte Vorentwurfsunterlagen für jede Variante zur Entscheidung vorgelegt.“

Peiker rechtfertigt die gewaltige Verzögerung von über einem Jahr mit „erhöhtem Zeit- und Personaleinsatz“ aufgrund der „Zusammenstellung der Unterlagen für zwei komplette Vorentwürfe“. Der ABDSB-Vertreter gibt sogar schriftlich zu, dass die gemeindlichen Stellungnahmen „erst in Kürze“ über die Oberste Baubehörde dem Verkehrsministerium vorgelegt würden. „Unfassbar“, lautete der Tenor im Pidinger Gemeinderat.